

neues-deutschland.de / 28.06.2019 / Seite 4

Hohe Suizidrate bei Geflüchteten

Die Antirassistische Initiative Berlin dokumentiert die Folgen deutscher Asylpolitik

Peter Nowak



Foto: dpa/Swen Pförtner

Taher Rezai aus Afghanistan stürzt sich in der Neujahrsnacht aus dem zweiten Stock einer Gemeinschaftsunterkunft. Er stirbt im Alter von 22 Jahren. Zuvor war er dezentral im Raum Mainburg untergebracht, wo den Traumatisierten ein Helfer*innenkreis unterstützt hatte. Dies änderte sich jedoch, als diese Unterkunft aufgelöst wurde und er in eine Gemeinschaftsunterkunft nach Niederbayern kam. Sein Asylantrag war abgelehnt worden, eine Arbeitserlaubnis erhielt er nicht, und er blieb mit seiner Angst allein.

Am 6. Januar 2019 versammeln sich etwa 60 Menschen auf dem Stadtplatz von Abensberg zu einer Mahnwache im Gedenken an den Toten und forderten einen Abschiebestopp nach Afghanistan. Der Protest war folgenlos, mittlerweile werden in einer größeren Öffentlichkeit Sammelabschiebungen nach Afghanistan kaum mehr zur Kenntnis genommen. Auch der Tod von Taher Rezai war nur in den Lokalmedien kurz Thema. Erinnert daran hat jetzt die Antirassistische Initiative Berlin (ARI) in der 26. Ausgabe der Dokumentation »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen«.

Elke Schmidt hat das Projekt 1993 mit einer Mitstreiter*in gestartet. Damals hatte sich der Onkel eines verschwundenen tamilischen Flüchtlings an die ARI gewandt. Sie forschten nach und fanden heraus, dass der Mann mit acht anderen tamilischen Flüchtlingen beim Grenzübertritt in der Neiße ertrunken war. Mit einem Filmteam machte die ARI damals seinen Tod öffentlich. Seitdem sammelt das kleine Team Nachrichten über Todesfälle, Misshandlungen und Gewalt, die in direktem Zusammenhang mit der

deutschen Flüchtlingspolitik stehen. Wie im letzten Jahr stehen auch in der aktuellen Dokumentation die Folgen der Abschiebungen nach Afghanistan im Mittelpunkt. Dort wird deutlich, wie allein die Drohungen mit der Abschiebung zur Traumatisierung der Geflüchteten beitragen, die nicht selten zum Suizid führen.

Am 28. Januar 2018 wurde im hessischen Main-Kinzig-Kreis der 23-jährige Hakim Jamili aus Afghanistan von einem Zug erfasst und starb. Er hatte sich in selbsttötender Absicht auf die Gleise der Regionalbahn gelegt. Die Heimbewohner*innen sagten später, dass Jamili große Angst vor einer Abschiebung hatte. Er nahm fleißig an Integrationskursen teil, hatte einen Job und trotzdem glaubte er nicht mehr an einen positiven Asylbescheid. Es sind erschreckend viele Selbstmorde und Suizidversuche, mit denen Geflüchteten vor allem aus Afghanistan auf die Abschiebungsdrohungen reagieren. »Die Anzahl der Suizide, im Schnitt der letzten drei Jahre, hat sich im Verhältnis zu den 15 davorliegenden Jahren auf 30 pro Jahr knapp verfünffacht, erklärt Elke Schmidt gegenüber «nd». Die Anzahl der Selbstverletzungen und Suizidversuche habe sich auf 400 pro Jahr vervierfacht. Von Anfang Januar 1993 bis Ende 2018 haben sich 288 Geflüchtete getötet, 3015 verletzt sich aus Angst vor Abschiebungen oder aus Protest gegen ihre Lebensbedingungen selbst. «Die Bezeichnungen der Massenlager für Flüchtlinge verändern sich von Zeit zu Zeit - die Zustände darin aber bleiben unerträglich», sagt Schmidt mit Verweis auf die sogenannten AnKER-Zentren. Viele Bewohner*innen sprechen von alltäglicher Schikane oder Gewalt durch Wachleute. Polizeiliche Großrazzien werden von den Medien oft unterstützt. «Geflüchtete, die gegen die menschenrechtsverletzenden Zustände in den Lagern protestieren und sich organisieren, müssen mit Strafanzeigen, Verlegungen in andere Lager, mit Abschiebung oder hohen Haftstrafen rechnen. Die Dokumentation der engagierten Antirassist*innen über die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik bedrückt. Die auf ari-dok.org zur Verfügung gestellten Daten machen diese Zustände immerhin einer größeren Öffentlichkeit bekannt.

Quelle: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1121870.folgen-der-asylpolitik-hohe-suizidrate-bei-gefluechteten.html>